

## Staatswirtschaft und Konjunktur

Von Prof. Dr. E. Böhler, Zürich

Wer das Verhältnis von Staatswirtschaft und Konjunktur zutreffend bestimmen will, muss zwischen Theorie und Wirklichkeit zu unterscheiden wissen.

Nach der Theorie herrschten bis vor kurzem zwischen den beiden Erscheinungen lediglich diplomatische Beziehungen, d. h. man behandelte die beiden als souveräne, voneinander unabhängige Mächte. Die Konjunkturtheorie betrachtete die Staatswirtschaft im wesentlichen als «störenden Faktor», wie Mitchell ausdrücklich hervorhebt, während umgekehrt die Finanztheorie den Konjunkturverlauf als fremde dynamische Gewalt ansah, die die immanente Statik der Staatswirtschaft von aussen her bedrohte.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass bis zum Kriege die finanzpolitische Doktrin so gut wie keine konjunkturgestaltenden Prinzipien kannte. Da man nämlich konsequenterweise die Staatswirtschaft als «Einzelwirtschaft» und meistens überdies als bloss konsumierende ansah, so war es nur logisch, dass man sie dem privaten Haushalt gleichstellte und demnach die Maximen der privaten Haushaltsführung darauf anwandte, nämlich die beiden Hauptgrundsätze, dass 1. die Einnahmen für die Ausgaben massgebend sein sollten und dass 2. in folgedessen unter allen Umständen das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben aufrechtzuerhalten sei. Man hielt diese Grundsätze für so selbstverständlich, dass man es ablehnte, sie zu begründen.

Allerdings hat man vereinzelt behauptet, in der Staatswirtschaft müssten sich die Einnahmen nach den Ausgaben richten, aber das hatte nur den Sinn, dass unter bestimmten Umständen die kollektiven Bedürfnisse den privaten vorgingen, während man die Tragfähigkeit der Privatwirtschaft nach wie vor als feste Grenze hinnahm und keinerlei konjunkturpolitische Gesichtspunkte daraus ableitete. Ausserdem beilegte sich die orthodoxe Finanztheorie, diese Ketzerei zu widerlegen.

Im Gegenteil, der Gleichgewichtsbegriff wurde durch den finanztheoretischen Formalismus dogmatisiert, so dass die Staatswirtschaften — ähnlich wie die Notenbanken — «dem Markte folgten», d. h. sich in ihrer Ausgabenpolitik passiv dem Konjunkturverlauf anpassten: in Zeiten der Krise hat man der Schrumpfung des Volkseinkommens im wesentlichen durch Einschränkung der Ausgaben Rechnung getragen, während in günstigen Zeiten die Ausgaben ausgedehnt wurden. Das zeigt sich deutlich auch in der staatlichen Bautätigkeit, die ganz den Rhythmus der privaten mitmachte.

Über dieser formalistischen Einstellung hat man vollständig vergessen, dass schon der alte Lorenz von Stein zwischen den rein finanziellen Ausgaben unterschied, «welche das Bedürfnis der Gegenwart decken», und den staatswirtschaftlichen, «welche die Zukunft des Staates begründen». Diese letzteren sind immer berechtigt, wenn sie reproduktiv sind, d. h. mindestens so viel

Werte erzeugen, als sie kosten. Er betont demnach, dass das Sparen nicht lediglich im Vermeiden von Ausgaben bestehe, sondern die Grenze des Sparens auf dem Punkte zu suchen sei, «wo das Sparen, die Beschränkung notwendiger Ausgaben in der Gegenwart zur Ursache grösserer Kosten in der Zukunft und dadurch wirtschaftlich irrationell wird, dagegen aber jede vermeidbare Aufgabe allenthalben zu fördern, wo dieselbe als Quelle zukünftiger Einnahmen direkt oder indirekt nachgewiesen werden kann»<sup>1)</sup>).

Dieser staatswirtschaftliche Gleichgewichtsbegriff hat nun in der Nachkriegszeit, zuerst in den angelsächsischen Ländern, nachher — in etwas anderer Form — in den Diktaturstaaten, eine Auferstehung erlebt, die ihn zwar mit neuem Inhalte füllte, im wesentlichen aber nur eine konsequente Weiterbildung unter veränderten Verhältnissen bedeutete.

Ehe wir die Gründe für diese Wandlungen in der Finanzdoktrin darlegen, müssen wir kurz die tatsächlichen Beziehungen zwischen Staatswirtschaft und Konjunktur berühren. In Wirklichkeit sind nämlich Staatswirtschaft und Konjunktur niemals autonome und neutrale Mächte gewesen. Ganz im Gegenteil ist die Staatswirtschaft bei weitem der wichtigste konjunkturgestaltende Faktor des 19. und 20. Jahrhunderts geworden. Man braucht nur einen Blick auf die Kurve des Preisniveaus seit 1800 zu werfen, um zu erkennen, dass sich darin die Kriege mit ihrem gewaltigen Staatsbedarf deutlicher als irgendein anderer der vielgenannten Faktoren ausdrücken. Allerdings handelt es sich dabei in erster Linie um die sogenannten langen Wellen der Konjunktur. Aber ist nicht die Trennung in kurze, mittlere und lange Wellen nur in Gedanken möglich, während diese Bewegungen in Wirklichkeit aufs engste zusammenhängen, und ist nicht die besondere Schwere der jetzigen, ursprünglich konjunkturellen Krise weitgehend darauf zurückzuführen, dass sich der inflatorische Einfluss der Staatswirtschaft zurückbilden musste?

Das eigentlich Neue der gegenwärtigen Neuorientierung liegt also nicht in der Tatsache der Beeinflussung der Konjunktur durch die Staatswirtschaft, sondern darin, dass dieser Einfluss aus einer destruktiven zu einem aufbauenden werde. Kann diese Wendung rein ökonomisch begründet werden, oder ist sie lediglich die Folge einer ideologischen Wandlung in bezug auf das Verhältnis von Staat und Wirtschaft?

In den meisten Schriften der finanzpolitischen Reformer wird der konjunkturpolitische Eingriff der Staatswirtschaft mit der Möglichkeit der Entartung der Krisen aus blossen Reinigungskrisen zu Deflationskrisen begründet, die früher lediglich durch zufällige Umstände, wie technische Fortschritte, Bevölkerungsvermehrung oder unentwickelte Gebiete der Weltwirtschaft, verhindert worden sei. Dieser Zufall habe nach dem Kriege nicht mehr funktioniert, so dass der Staat an seine Stelle treten müsse, weil der Automatismus der Privatwirtschaft nicht mehr spiele.

In Wirklichkeit ist es aber nicht der Zufall, der diese Wendung herbeigeführt hat, sondern eine ausgesprochene Strukturwandlung, die wir — etwas

<sup>1)</sup> Handbuch der Finanzwissenschaft, 5. A., 1885, S. 234 und 235.

überspitzt — als die Entwicklung zur permanenten Kriegswirtschaft bezeichnen könnten, und die zuerst als Kriegsliquidation, dann als handelspolitische Kriegsvorbereitung, weiterhin als Aufrüstung und schliesslich als partieller Krieg in Erscheinung trat.

Diese Entwicklung hat weittragende Wirkungen für die Steuerung der Wirtschaft. Denn die freie Konkurrenz, die ich persönlich als unentbehrliches Element jeder Wirtschaftsordnung betrachte, kann ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn die Grundlagen der Wirtschaft so beschaffen sind, dass sie dem Unternehmer im Durchschnitt eine minimale Gewinnmarge gewähren, und dass sie der Kapitalinvestition ein Minimum an Anhaltspunkten für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung geben.

Diese beiden Voraussetzungen der Konkurrenzwirtschaft waren vor dem Kriege dauernd so gesichert, dass man sie gar nicht beachtete. Denn angesichts der Stabilität und Aufwärtsentwicklung der Weltwirtschaft genügte der Anschluss an die Goldwährung, um die Gewinnmarge mit geringen Schwankungen sicherzustellen, und die Risiken etwaiger kriegerischer Verwicklungen erschienen so klein, dass mit wenigen Prozenten Risikoprämie auch die Kapitalversorgung derjenigen Länder sichergestellt war, in denen die Kriegsgefahr am grössten war.

Das hat sich seit dem Weltkriege fundamental geändert: infolge der allgemeinen Währungsschwankungen und der Abschliessungspolitik sind die Grundlagen der Wirtschaft, insbesondere die Preise, solchen Veränderungen unterworfen, dass die Gewinnmarge dauernd überwacht und z. B. durch die Abwertung neu festgesetzt werden musste. Aber die Aufrechterhaltung der Gewinnmarge allein genügt nicht, um die Wirtschaft in Gang zu halten. Es müssen ausserdem die Voraussetzungen der Kapitalanlage gegeben sein.

Die Bedeutung der Kapitalanlage für die Gesamtwirtschaft hat man bis vor kurzem stark unterschätzt, obschon sie sich ohne weiteres aus dem klassischen Gedankensystem und der Konjunkturtheorie ergibt. Denn aus den Voraussetzungen der klassischen Theorie folgt, dass es in einer statischen Wirtschaft absolute Unternehmergewinne nicht geben kann. Diese entstehen nur da, wo Dynamik herrscht, wo Kredit in Anspruch genommen und investiert wird. Darum sind Unternehmergewinne und Aktienkurse an die Fortsetzung der Investitionstätigkeit gebunden. Es hängt somit nicht nur die Investition vom Gewinn, sondern auch der Gewinn von der Investition ab. Diese Seite der Sache hat man bisher zu wenig beachtet.

Nun wissen wir aber seit langem, dass die Konjunkturschwankungen im wesentlichen Schwankungen der Investitionstätigkeit sind und dass eine wirkliche Erholung der Wirtschaft erst eintreten kann, wenn die Investitionen wieder in Gang kommen. Fällt nämlich das Einkommen aus den Investitionsindustrien, einschliesslich des Baugewerbes, aus, so ist es fast aussichtslos, die Rentabilität der übrigen wieder herzustellen. Weder eine Kostensenkung noch eine direkte Einkommenssteigerung allein kann dieses Ziel erreichen.

In den Vorkriegskrisen ist nun die Kapitalanlage schon vor der Erholung der Gesamtwirtschaft wieder in Gang gekommen, weil man angesichts der

allgemeinen Stabilität der Verhältnisse annehmen konnte, dass sich die Wirtschaft innerhalb kurzer Frist wieder normalisieren werde. Das war kein Zufall, sondern eine Folge der damaligen wirtschaftlichen und politischen Struktur.

Seit dem Kriege liegen die Dinge anders. Die Grundlagen der Wirtschaft waren andauernd plötzlichen Änderungen ausgesetzt. Die Friedensverträge haben die Kapital- und Warenströme umgeleitet, und zwar vielfach entgegen ihrem natürlichen Gefälle. Die Währungen waren dauernd in Gefahr und brachen schliesslich zusammen. Das Preisniveau sank ununterbrochen und brachte unerträgliche Missverhältnisse. Vor allem aber wurde die Handelspolitik in den Dienst der militärischen Sicherung gestellt, die schliesslich mehr und mehr zur Rüstung und zur Kriegsführung überging, und zwar in der Aussicht auf einen totalen Krieg, von dem jedermann weiss, dass sein Risiko mit keiner Risikoprämie gedeckt werden kann. Fügen wir noch die Transfer-schwierigkeiten und die willkürlichen Eingriffe der Staaten sowie endlich die Diffamierung aller Gewinne aus sozialpolitischen Gründen hinzu, so müssen wir feststellen, dass alle Voraussetzungen für eine rationelle und normale Kapitalanlage, insbesondere auf internationalem Gebiet, fehlen. Es ist sogar zu verwundern, dass sie in der Nachkriegszeit die tatsächlichen Dimensionen erreichte. Aber sie zeigt deutlich die Zeichen der Veränderung: das übermässige Streben nach Liquidität, die Bevorzugung der Kurzfristigkeit, die Gegenläufigkeit zum Zinsgefälle beweisen mit aller Deutlichkeit, dass ein grosser Teil des Kapitals auf der Flucht ist: auf der Flucht vor der Skylla der permanenten Kriegswirtschaft und der Charybdis der heissen oder kalten Sozialisierung. Bedenkt man ferner noch, dass die Starrheit der Schuldenlast und der Preise und Löhne den Reinigungsprozess der Krise viel brutaler gemacht hat, und dass mit der Vereinheitlichung der Weltkonjunktur alle Konjunkturinseln verschwunden sind, so darf man sich nicht wundern, dass die Kapitalanlagen weitgehend nicht wieder in Gang gekommen sind. Nicht der Marktmechanismus hat versagt, seine Voraussetzungen sind gegenwärtig zu einem grossen Teil nicht mehr vorhanden.

Welche Konsequenzen ergeben sich nun aus dieser Situation für die Schweiz? Muss sie diese Entwicklung passiv über sich ergehen lassen, oder soll sie sich dem Beispiel der Länder wie Deutschland, Italien, Russland und den Vereinigten Staaten anschliessen, die daraus die Konsequenz einer systematischen staatlichen Investitionspolitik gezogen haben?

Auf den ersten Blick scheint es allerdings eine müssige Frage zu sein, weil in der Schweiz die Kapitalanlage bis weit in die Krise hinein fortgesetzt wurde, und weil wir infolgedessen nicht eine Arbeitslosigkeit von dem Ausmass der übrigen Länder gekannt haben. Überdies zieht der Export gegenwärtig so an, dass die Arbeitslosigkeit in den typischen Exportindustrien in absehbarer Zeit aufgesogen sein dürfte, wenn die weltwirtschaftliche Konjunktur noch genügend lange weitergeht.

Diese Meinung beruht jedoch auf einer Täuschung. Der Grund nämlich, weshalb es uns trotz englischer Abwertung seit 1929 relativ gut ging, ist haupt-

sächlich darauf zurückzuführen, dass wir eine abnorm hohe Bautätigkeit, d. h. Kapitalanlage in Häusern, hatten. Diese Baukonjunktur der Jahre 1924—1933 war aber in ihrem Ausmass eine einmalige Erscheinung. Sie lebte von dem Wohnungsdefizit, das in den Jahren 1914—1923 entstanden war, weil damals der Wohnungsbau hinter dem normalen Bedarf zurückgeblieben war. Dieses Defizit ist aber an den meisten Orten gegen Ende der letzten Bauperiode ausgefüllt worden mit der Wirkung, dass sich der schweizerische Wohnungsbau nunmehr wieder auf den normalen Bedarf zurückbilden muss. Das bedeutet schätzungsweise eine Reduktion der Wohnbaukapazität gegenüber den Spitzenjahren um etwa  $\frac{1}{3}$ , wobei die kommende Senkung der absoluten Zahlen der Heiraten um 15—20 % infolge der geringen Geburtenhäufigkeit im Kriege noch nicht einmal voll berücksichtigt ist. Diese Feststellung eröffnet Perspektiven, die von grosser Tragweite sind. Denn daraus ergibt sich 1. das sozial so wichtige Problem einer dauernden gewerblichen Mittelstandskrise auch in guten Zeiten, 2. das noch schwerere Problem, dass wir in der nächsten Krise die private Bautätigkeit als Sicherheitsventil nicht mehr besitzen werden, sondern im Gegenteil ein schon depressives Baugewerbe in die Krise hineinnehmen, sowie 3. das Problem der Verwendung der Ersparnisse, die bisher im Wohnungsbau Verwendung fanden und jetzt eine andere Anlage finden müssen, wenn sie nicht deflatorisch wirken sollen, und zwar in einem Ausmass von 150—200 Millionen Franken oder doppelt soviel, als die Industrie im Durchschnitt an Kapital von aussen (also abgesehen von der Selbstfinanzierung) erhielt.

Nehmen wir zunächst das an dritter Stelle genannte Problem voraus, so wäre es in einer normal funktionierenden Weltwirtschaft eine Selbstverständlichkeit, dass diese Beträge mühelos im Kapitalexport Verwendung fänden und damit den schweizerischen Export befruchteten, da der Export erfahrungsgemäss der Kapitalanlage folgt, also die Kapitalanlage direkt oder indirekt Arbeit schafft.

Aber werden wir damit rechnen können, dass wir in den nächsten Jahren wiederum eine normal funktionierende Weltwirtschaft haben werden, oder müssen wir nicht annehmen, dass ein grosser Teil der neuangelegten Kapitalien in der Krise durch Abwertung und staatliche Devisenbeschränkungen auf Jahre hinaus festgelegt und entwertet wird? Zum mindesten besteht unter den heutigen Verhältnissen keine Veranlassung, mehr schweizerisches Kapital zu exportieren als vor 1929, und auch für dieses erhält die Frage der direkten Arbeitsbeschaffungsmöglichkeit eine erhöhte Bedeutung. Solange nämlich eine länger dauernde Arbeitslosigkeit grösseren Umfangs besteht und wieder auftreten kann, besteht das Problem nicht nur darin, das Kapital sicher und rentabel anzulegen, sondern den einheimischen Arbeitskräften Beschäftigung zu geben, und der Export des Kapitals kann volkswirtschaftlich nur gerechtfertigt werden, sofern es unmittelbar der Arbeitsbeschaffung in einer der drei folgenden Formen dient: 1. der Errichtung von Produktionsanlagen im Ausland durch schweizerische Unternehmer unter Benutzung schweizerischer Unternehmer und Arbeiter, 2. der Durchführung von Hoch- und Tiefbauarbeiten im

Ausland unter den gleichen Bedingungen, 3. einer intensiveren Beteiligung am internationalen Zwischenhandel unter gleichzeitiger Erhöhung der Rohstoffreserven (unter Umständen nach dem Vorschlag von Reg.-Rat Dr. Gschwind). Wenn in den beiden erstgenannten Fällen das Kapital später auch in Verlust gerät, so hat es doch schweizerischen Arbeitskräften Beschäftigung gegeben und die Leistungsfähigkeit der schweizerischen Volkswirtschaft erhöht. Alle drei Formen setzen aber viel schwierigere Unternehmernaufgaben als der blosse finanzielle Kapitalexport voraus. Ihre Verwirklichung ist also in erster Linie eine Frage der Vitalität der Unternehmerinitiative, die nicht beliebig gesteigert werden kann.

Wenn wir der Investitionsschrumpfung infolge des Rückgangs des Wohnungsbaus sofort wirksam entgegenwirken wollen, so sind wir offenbar in erster Linie auf eine Ausdehnung der inländischen Kapitalanlage angewiesen.

Eine erste Möglichkeit, die an sich keine prinzipiellen Fragen aufwerfen würde, besteht darin, dass die staatliche Bautätigkeit von Bund, Kantonen und Gemeinden so geplant wird, dass ihre Wellenbewegung der privaten Bautätigkeit gegenläufig wird, dass sie also einsetzt, wenn die private nachlässt und umgekehrt. Auf diese Weise ist zweifellos viel zu erreichen, ohne dass im Durchschnitt der Jahre die öffentlichen Bauausgaben grösser zu werden brauchen. Dieses Verfahren würde überdies die Aufblähung des Baugewerbes verhindern und uns weitgehend von ausländischen Arbeitskräften unabhängig machen. Wir hätten daher für die Wiederherstellung des Gleichgewichts gar nicht nötig, die volle Höhe der früheren Bautätigkeit wieder zu erreichen.

Umgekehrt ist es aber unwahrscheinlich, dass auf diesem Wege alle Bauarbeiter wieder in den Arbeitsprozess eingegliedert werden könnten und womöglich in der Krise noch für einen Teil der freigesetzten Exportarbeiter Beschäftigung gefunden werden könnte. Es müssen somit weitere Möglichkeiten erschlossen werden, und es wäre selbstverständlich die idealste Lösung, wenn dies spontan durch die Privatinitiative geschehen würde. Leider sind aber die Aussichten ohne besondere Anstrengungen sehr bescheiden, und zwar deshalb, weil wir ein weitgehend ausgebautes und ausgerüstetes Land sind. Unser Bahnnetz dürfte seiner Ausdehnung nach keine wesentliche Erweiterung mehr erfahren. Der kommerzielle Ausbau der Wasserkräfte nähert sich seinem Sättigungspunkt. Unsere Landwirtschaft hat schon in der Krise fortlaufend investiert und dürfte daher nicht viel mehr ausgeben. Die Beträge, die die Industrie in den letzten zehn Jahren über die Selbstfinanzierung hinaus brauchte, sind erstaunlich niedrig. Solange der Export noch nicht den Stand von 1929 erreicht hat, dürfte nicht einmal das frühere Ausmass der Investition erreicht werden. Der Ausbau unseres Verteilungsnetzes, einschliesslich der Tankstellen und Garagen, ist weit fortgeschritten, und schon die letzten Etappen haben politische Gegenbewegungen ausgelöst. Einzig die Hotellerie könnte eine grosszügige Modernisierung vertragen, wenn man die Entwertung des Altbesitzes weitgehend in Kauf nimmt. Wir stellen also fest, dass die privaten Investitionsmöglichkeiten in den regulären Kanälen sehr bescheiden sind.

Dennoch würde es zweifellos im Interesse des Ganzen liegen, wenn die Ersatzinvestitionen produktiv wären, also dauernde Verdienstmöglichkeiten schaffen und nicht nur den Konsum erweitern würden. Daher sollten wir mit aller Aufmerksamkeit den Versuchen des Auslandes auf dem Gebiete der synthetischen Herstellung von Rohstoffen folgen, die zunächst ohne Rücksicht auf die Rentabilität unternommen werden. Denn es ist sehr wohl möglich, dass diese Versuche im Laufe weniger Jahre in ihr kommerzielles Stadium hineinwachsen und dadurch diesen Ländern einen Vorsprung geben, den wir nicht mehr einholen können. Sicherlich wäre es besser, wenn die freigewordenen Kapitalien durch eine freiwillige Kooperation der Privatwirtschaft, wenn auch mit staatlicher Unterstützung, in dieser Richtung Verwendung fänden, statt dass sie ohne Gegenleistung nach dem Ausland gehen oder stilliegen, da ohne Fortsetzung der Kapitalanlagen das privatwirtschaftliche System sich auf die Dauer nicht halten kann.

Da aber auch ein solcher Versuch Zeit braucht, so wird zu Beginn der nächsten Krise — und möglicherweise als Überbrückungsmassnahme für die Zeit der Rückbildung der privaten Bautätigkeit — nicht zu umgehen sein, dass der Staat über seine bisherige Bautätigkeit hinaus Investitionen vornimmt, sei es für militärische Zwecke, sei es für den Ausbau des Verkehrs- und Produktionsapparates, sei es für kulturelle Zwecke, die ich hier im einzelnen nicht aufzählen habe. Vergessen wir aber dabei auch die geistige Seite nicht, dass nämlich zu allen Zeiten der Gemeinschaftswille seinen Ausdruck in grossen gemeinsamen Werken gefunden hat.

Das bedeutet freilich eine Abkehr von der Meinung, dass für den Staatshaushalt in bezug auf die Zwecksetzung dieselben Grundsätze Geltung haben müssten wie für den privaten Haushalt, wenn auch in bezug auf die Mittelverwendung selbstverständlich beide gleichgestellt sind. Es ist im Grunde nur eine konsequente Befolgung der Spielregeln der Marktwirtschaft, wonach alles Vermögen eine Funktion des Ertrages ist, der Ertrag aber eine Funktion des Umsatzes, der Umsatz aber weitgehend von der Investition abhängt. Jedenfalls ist diese der variabelste Teil des Umsatzes, so dass eine Aktivierung der volkswirtschaftlichen Produktivkräfte nicht eine Vermögensminderung, sondern eine Vermögensvermehrung bedeuten, solange noch unbeschäftigte Produktionselemente vorhanden sind.

Die Befürwortung einer Politik der öffentlichen Arbeiten bedeutet aber keineswegs die Akzeptierung der Doktrin von der totalen Staatswirtschaft. Teils deshalb nicht, weil wir wissen, dass die Akten über die ausländischen Experimente noch nicht abgeschlossen sind, sondern der Enderfolg von der Möglichkeit der Umstellung auf den Privatbedarf und von der Belastungsmöglichkeit der Privatwirtschaft abhängt. Teils aus dem Grunde, weil wir uns bewusst sind, dass die Kaufkraftschaffung nicht nur eine quantitative Frage, sondern auch ein qualitatives Problem und vor allem auch ein Kostenproblem ist, wie die Erfahrung in Deutschland und Frankreich zeigt. Teils endlich deshalb nicht, weil bei uns das Problem nicht entfernt die Dimensionen besitzt wie im Ausland. Denn die zusätzlichen Investitionsbeträge,

die für unser kapitalreiches Land erforderlich sind, um annähernde Vollbeschäftigung zu erreichen, sind sehr viel kleiner als im Ausland.

Es braucht also für die Schweiz keine heroischen Anstrengungen, sondern nur etwas Aufgeschlossenheit für die Zeichen der Zeit in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht und die dem Schweizer angeborene Skepsis gegen den Dogmatismus von rechts und von links, weil man mit Dogmen wohl politische Erfolge aufziehen, aber keine Wirtschaft in Gang halten kann.

Daher bin ich der Meinung, dass die grosse Parole der nächsten Jahre «Konjunkturpolitik» lauten muss, so sehr wir uns ihrer Grenzen bewusst zu bleiben haben. Neben der dauernden Aufrechterhaltung einer angemessenen Gewinnmarge wird ihre Hauptaufgabe in der Erhaltung der Stetigkeit der Investition bestehen müssen, wobei der Staatswirtschaft eine aktive Rolle zufällt, da die Kreditpolitik allein unzureichend sein dürfte.

Nur indem der Staat auf diese Weise die Grundlagen der Wirtschaft vor Erschütterungen bewahrt, kann im Verkehr der Wirtschaftssubjekte die wirtschaftliche Freiheit maximal aufrechterhalten werden und kann die freie Konkurrenz ihre Grundaufgabe der Auslese und Entlohnung nach der Leistung erfüllen. Nicht gegen, sondern wegen der wirtschaftlichen Freiheit ist eine Neuorientierung des finanzpolitischen Denkens erforderlich.

Wem aber dieser Weg als eine Bedrohung der wirtschaftlichen Freiheit erscheint, der möge bedenken, dass jede Freiheit eine positive Verantwortlichkeit gegenüber dem Ganzen bedeutet, und sich dann mit allen Kräften dafür einsetzen, dass sie in dieser Hinsicht wirklich ausgeübt wird. Denn das Versäumnis dieser Verantwortung würde das Ende der Marktwirtschaft bedeuten.

---

## Besteuerung und Kapitalbildung<sup>1)</sup>

Von Edgar Salin, Basel

### I.

Die Frage «Besteuerung und Kapitalbildung» gehört zu den stärkstumstrittenen der Volkswirtschaftslehre, obwohl oder weil sie ebenso alt ist wie diese Wissenschaft in ihrer modernen Form und ebenso alt wie der Hochkapitalismus, mit dessen Werdegang und dessen Schicksal die Wissenschaft im Ganzen und der besondere Fragenkreis aufs engste verknüpft sind. Den verschiedenen Stufen dieser Entwicklung entspricht das verschiedene Gewicht, das dem Verhältnis von Besteuerung und Kapitalbildung beigelegt wurde. Die Klassiker, am Beginn des Hochkapitalismus und also in einer Zeitspanne wirkend, in der

---

<sup>1)</sup> Der knappe, aphoristische Charakter der nachstehenden Ausführungen ergab sich zwangsläufig aus der Notwendigkeit, das umfangreiche Thema in einem «Kurzreferat» zu behandeln. Der Leser, der sich für einzelne Teile des weitschichtigen Problems besonders interessiert, sei auf das in den folgenden Anmerkungen genannte Schrifttum verwiesen.